Reichstag.

(Specialbericht des „Leipziger Tageblattes".)

21. Sitzung vom 25. Januar, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Boetticher.

Das Haus ist wieder sehr schwach besetzt.

Zur Berathung stehen die von den Abgg. Hitze, Haberland, Letocha und Metzner einerseits und den Abgg. Ackermann u. Gen. eingebrachten Anträgen auf Abänderung der Gewerbeordnung, betr. die

Einführung eines Befähigungsnachweises.

Abg. Hitze (Centr.) führt aus, daß die beantragte Änderung der Gewerbeordnung nöthig sei, um den Meister zu schützen, ihm größere Autorität und damit größere Erkenntniß seiner Pflichten verschaffen. Der gute Handwerker muß geschützt werden vor der Concurrenz der Pfuscher und der Uebermacht des Capitals. Der Antrag liege dem Hause bereits zum dritten Male vor und so eingehend sei er bereits durchberathen, daß eine Commissionsberathung nicht mehr nöthig sei.

Abg. Ackermann (cons.) bedauert, daß diese Anträge stets in der Commission geblieben und ihr Schicksal noch nicht durch ein Votum des Hauses entschieden sei. Eine solche Entscheidung des Hauses dafür oder dawider müsse jetzt endlich getroffen werden, einem Antrage auf Commissionsberathung werde er sich daher widersetzen. Die vorjährigen Beschlüsse der Commission hätten bei der Fassung des Antrages der sich von dem der Abgg. Hitze u. Gen. nur redactionell unterscheide, Berücksichtigung gefunden. Der Antrag schütze das Interesse des Producenten und Consumenten, das durch die ungesunde Concurrenz der Magazine und Abzahlungsbazare geschädigt werde. Der ersprießliche Einfluß des Befähigungsnachweises werde sich für das Handwerk sehr wohlthätig erweisen, die Besserung der Lage der Handwerker werde gleichzeitig das beste Bollwerk gegen die Socialdemokratie sein. Wenn in der Uebergangszeit sich Schwierigkeiten ergeben, oder man allerlei Curiosa berichten könne, so beweise das doch Nichts gegen die Sache.

Abg. Czeliski (Pole) erklärt sich gleichfalls für den Befähigungsnachweis, der nothwendig sei, um die Ausbeutung des Proletariats im Handwerk zu verhindern, um die Handwerker dem Großcapital gegenüber sicherer zu stellen und der Socialdemokratie entgegenzutreten. Aus socialen Gründen wäre er mit der Einführung des Befähigungsnachweises einverstanden, aus politischen Gründen müsse er aber dagegen sein. Der Regierungsvertreter werde nach den vorliegenden Anträgen zu großen Einfluß in der Prüfungs-Commission haben; wie die Verhältnisse in der Provinz Posen liegen, müßte er sich gegen eine jede Erweiterung der Rechte der Staatsgewalt aussprechen. Er müsse daher gegen die Anträge stimmen, so wohl er sie principiell für gut halte.

Abg. Goldschmidt (freis.) kann die für den Befähigungsnachweis erbrachten Gründe nicht für stichhaltig anerkennen. Der Befähigungsnachweis würde die Concurrenz beseitigen, die Meister bequem werden lassen und der Befähigungsnachweis wird, wie es sich in Oesterreich gezeigt hat, im Privilegium der Unbefähigten. Nicht der Befähigungsnachweis nützt dem Handwerker, sondern die Erwerbung von Bildung und dazu ist in Preußen wenigstens Gelegenheit genug gewesen. Die Herren wollen durch ihre Anträge ein Bollwerk gegen die Socialdemokratie schaffen, sie vergessen aber, wie viel Leute sie durch ihre Fernhaltung vom Handwerk der Socialdemokratie gerade entgegen treiben. Es gehe dem Handwerke auch keineswegs so schlecht, wie hier behauptet wird, das Handwerk hat noch immer einen guten Boden. Die im Sinne dieser Anträge durchgeführte österreichische Gewerbeordnung hat nicht dem Handwerk genützt, sondern nur den Kampf der Handwerker untereinander entfacht. Wollen die Antragsteller etwa behaupten, daß der Befähigungsnachweis für das Baugewerbe etwa vor Unfällen bei Bauten schützen könne. Die größten Baunfälle haben in Berlin in den sechziger Jahren stattgefunden unter der Herrschaft des Befähigungsnachweises und der Zimmermeister wie der Mauermeister, die bei plötzlich zusammengebrochenem Bau in der Prenzlauer Straße betheiligt waren, sind geprüfte Meister. Nicht die Innungen, sondern die Baugewerkschulen können dem Baugewerke nützen. Sind denn nicht auf allen Gebieten des deutschen Handwerks große Fortschritte zu verzeichnen und giebt es nicht Pfuscher in jedem Berufe, auch bei den Aerzten und Juristen, die doch viele Befähigungsnachweise durchmachen müssen? Wenn nun, was ja gar nicht einmal der Fall, die Petitionen für diese Anträge selbst 100,000 Unterschriften hätten, was würde das beweisen gegenüber einer Handwerkerzahl von mehr als 4 Millionen Handwerkern. Ich möchte die Antragsteller bitten, statt derartige Anträge einzubringen, lieber die factischen Verhältnisse zu studiren. Selbst wenn das Haus diese Anträge annimmt, kann ich nicht glauben, daß der Bundesrath einen solchen Beschluß acceptiren würde. (Beifall links.)

Abg. Lohren (Reichsp.) führt aus, daß der Antrag Ackermann von dem des Abg. Hitze sich dadurch unterscheide, daß er keine Bevorzugungen der Meister bedeute, sondern vielmehr eine Prämie für Gesellen und Lehrlinge, die ihre Lehrzeit gut absolvirt hätten. Der Antrag bedeute keinen Schritt ins Mittelalter, sondern einen Schritt vorwärts auf dem Wege der Socialreform.

Abg. Dr. Meyer-Jena (nationall.): Ich stimme mit dem Abg. Ackermann darin überein, daß eine Commissionsberathung überflüssig sei und die Debatte nichts Neues bringen werde. Neu war höchstens der Standpunct des Redners aus der polnischen Fraction; ich glaube aber, daß auch die polnischen Handwerker durchaus auf gerechte Behandlung in der Prüfungscommission rechnen dürfen. Um einer früher einmal gefallenen Aeußerung des Abg. Gehlert entgegenzutreten, muß ich sagen, daß ich weit lieber selbst beurtheile, ob mir ein Schuhmacher einen bequemen Stiefel macht, als daß ich eine Commission darüber urtheilen lasse. Ich bin gleich dem Abg. Goldschmidt der entschiedenen Ansicht, daß unser Handwerk nicht zurückgegangen, sondern vorgeschritten ist, und ebenso, daß der Befähigungsnachweis kein Bollwerk gegen die Socialdemokratie ist, sondern im Gegentheil das Handwerk durch Wiederaufnahme derartig veralteter Bestimmungen der Socialdemokratie in die Arme treibe. Die Antragsteller überlassen die eigentliche Ausführung und Verantwortlichkeit für das Gesetz dem Bundesrath — es wundert mich doch, wie die Herren aus dem Centrum den Regierungen solch discretionaire Gewalt zugestehen wollen. Dem Urtheil des Abg. Goldschmidt über die Folgen der österreichischen Gewerbeordnung stimme ich durchaus bei, es ergeben sich dort beständig Competenzconflicte zwischen den einzelnen Handwerkergruppen. Nur Lasten und keine Hilfe hat die neue Gewerbeordnung in Oesterreich den Handwerkern gebracht — bewahren Sie unsere Handwerker vor gleichen Erfahrungen und lehnen Sie diese Anträge ab. (Beifall links.)

Abg. Grillenberger (Sociald.): Die Anträge werden schwerlich ein Bollwerk gegen die Socialdemokratie bilden, aber das Gegentheil. Alle Reden gegen die Anträge werden zwar nichts helfen, die Herren werden ihren Befähigungsnachweis bewilligt erhalten und das Handwerk wird die Kosten zu tragen haben. Wie hier beschlossen wird, kann uns in dieser Frage ziemlich gleich sein; betont werden muß doch aber, daß gerade die Zunftheiligen nicht aus den Reihen der Handwerker hervorgegangen sind; die Zunftbrüder repräsentiren jedenfalls nicht die Intelligenz des Handwerks, die intelligenten Handwerker gehören der Socialdemokratie an. (Heiterkeit.) Will man aber diese Anträge annehmen, so muß man ihnen wenigstens rückwirkende Kraft verleihen. (Heiterkeit.)

* Ueber den Schluß der Sitzung meldet uns ein Telegramm:

Abg. Gehlert (Reichspartei) befürwortet den Befähigungsnachweis. Der Zwischenhandel, die freie Concurrenz schädigten Producent und Consumenten, sie seien Vampyre gegenüber den Arbeitern. Die Discussion wird hierauf geschlossen. Die zweite Berathung wird im Plenum stattfinden.

Nächste Sitzung Donnerstag. Tagesordnung: Militairetat.

Landtag.

Erste Kammer.

r. Dresden, 25. Januar. Präsident von Zehmen eröffnete 12½ Uhr Nachmittags die heutige 19. öffentliche Sitzung.

Derselben wohnten am Regierungstische bei die Herren Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz und Frhr. v. Könneritz, Geheimrath v. Thümmel, Geh. Finanzrath Dr. Ritterstädt, Finanzrath v. Kirchbach.

Die Kammer trat sofort in die Tagesordnung ein und erstattete zunächst Kammerherr v. d. Planitz den Bericht der zweiten Deputation über das königliche Decret Nr. 22, den Bau mehrerer Secundärbahnen betreffend.

Der Gegenstand hat bereits der Zweiten Kammer am 22. Decbr. vor. Js. vorgelegen und einstimmig Genehmigung gefunden.

Ohne Debatte beschloß auch die Erste Kammer die Bewilligung von 3,229,200 ℳ zum Bau der Müglitzthalbahn, desgl. die Uebergabe einer hierzu eingereichten Petition des Städtchens Altenberg „um Näherlegung der Bahnlinie, damit dieselbe der Stadt mehr zu Gute komme", zur Kenntnißnahme an die Staatsregierung.

Gleichermaßen fand gemäß der Vorlage, 2,103,300 ℳ für die Linie Bertheldsdorf-Großhartmannsdorf mit Brand-Langenau Bewilligung. Rittergutsbesitzer Wede nahm hierbei Veranlassung seinen Wünschen, welche sich auf Herbeiführung einer Haltestelle in Berbisdorf richten, Ausdruck zu geben.

Auch hinsichtlich der Linie Freiberg-Halsbrücke und den dafür postulirten Aufwand von 940,000 ℳ einigte sich die Kammer zu einstimmigem zustimmendem Beschlusse. Vorher hatte Bürgermeister Beutler Veranlassung genommen auf die Petition der Stadt Freiberg, um Errichtung einer Güterhaltestelle an der Kreuzung der Dresdner Straße hinzuweisen und um deren Berücksichtigung zu bitten. Die Kammer beschloß in Uebereinstimmung mit der zweiten Kammer:

„die Freiberger Petition der königlichen Staatsregierung zur Kenntnißnahme zu übergeben".

Eine längere Debatte veranlaßte die Eisenbahnvorlage Großpostwitz-Cunewalde. Die Deputation beantragte:

„die Regierungsvorlage anzunehmen"

allein der Referent derselben, v. d. Planitz, trat als Separatvotant auf und beantragte, da mit der Linie den Ansprüchen nicht voll gedient werde:

„die Vorlage abzulehnen, dagegen bei der Staatsregierung zu beantragen, dieselbe wolle noch dem gegenwärtig versammelten Landtage eine Vorlage, den Bau einer schmalspurigen Secundairbahn Großpostwitz-Cunewalde-Beiersdorf-Dürrhennersdorf betreffend, zugehen lassen".

Kammer-Mitglied Pelz sprach sich dafür aus, daß das Bahnbautempo, namentlich in der Südlausitz, wo die Bahnen zahlreich aber keineswegs gewinnbringend seien, verlangsamt werde.

Bürgermeister Löhr dankte der Staatsregierung für die Vorlage, welche den billigen Wünschen des Cunewalder Thales Rechnung trage. Er trat warm für das Majoritätsvotum ein.

Kammerherr v. Erdmannsdorf trat für das Separatvotum ein, denn man werde sehen, daß, wenn die Sackbahn nach der Vorlage gebaut werde, bei nächsten Landtage die Nothwendigkeit herantrete, den Weiterbau zu veranlassen.

Herr v. Trützschler bemängelte die Rentabilitätsberechnung der Minorität und vermochte den Ausführungen derselben nicht beizupflichten.

Herr v. Schönberg-Mockritz konnte sich weder für die Minorität noch für die Majorität erwärmen.

Der Referent der Majorität, Sahrer v. Sahr, befürwortete das abgegebene Votum. Auch Herr v. Böhlau tritt für dasselbe ein.

Zu bemerken ist hierzu, daß während der Debatte von Cunewalde, resp. von dem dort etablirten Eisenbahn-Comité an den Präsidenten ein Telegramm einging, welches der Bitte Ausdruck gab, das Eisenbahnproject nach der Regierungsvorlage annehmen zu wollen.

Finanzminister von Könneritz skizzirte den Standpunct der Staatsregierung in der Frage der Eisenbahnvorlagen dahin, daß derselben stets die Frage des Bedürfnisses die Hauptsache sei, welcher sie nachzugeben habe. Auch im vorliegenden Falle habe es der Regierung am zweckmäßigsten geschienen, den Bau in der geplanten Weise zu empfehlen. Der Standpunct der Minorität erscheine ihm aus dem Grunde bedenklich, weil die durch deren Bauvorschlag sich ergebende Ausgabeminderung in keinem Verhältnisse zu anderweiten Verkehrsmängeln stehe.

Herr v. Böhlau stellte hierauf einen Vermittelungsantrag dahingehend, daß der Bahnbau, unter Hinwegfall der 8 Endkilometer, nur bis Mittel-Cunewalde geführt werden möchte und bei der sogenannten Klappmühle ihr Ende finde.

Graf zur Lippe-Baruth wendete sich gegen die Ausführungen des Herrn v. Erdmannsdorf. Er vermöge in der Regierungsvorlage nur die Erledigung eines Wunsches der Gegend zu finden, welcher sich auf das Bedürfniß gründet.

Finanzminister v. Könneritz betonte erneut, daß die Regierung nur den Bedürfnissen zu entsprechen bereit sei. Der Einwurf, der aus verschiedenen Reden herausklinge, als ob die Lausitz mit zu vielen Bahnen auf kleinem Raume bedacht sei, sei nicht zutreffend, da z. B. der Leipziger Kreis proportionell mehr Bahn als die Lausitz besitze.

Die Abstimmung ergab hierauf gegen 10 Stimmen Annahme der Regierungsvorlage. Damit fand sowohl der Antrag v. Böhlau als auch der Minoritätsantrag Ablehnung.

Die Bewilligung für Großpostwitz-Cunewalde beträgt 1,040,000 ℳ. Die auf die Vorlage bezüglichen Petitionen erklärte die Kammer mit ihrem Beschlusse für erledigt.

Die Bahnlinie Schlettau-Crottendorf (Erforderniß 588,000 ℳ) fand ohne Debatte Annahme gemäß der Vorlage.

Bei namentlicher Abstimmung ertheilte die Kammer schließlich der königl. Staatsregierung für die Ausführung der vorgenannten Linie und der dabei von ihr für erforderlich zu erachtenden Anschlußgleise die Expropriationsbefugniß einstimmig.

Sitzungsschluß erfolgte 2¼ Uhr. Nächste Sitzung wurde anberaumt auf Freitag, Mittags 12 Uhr.

Zweite Kammer.

† Dresden, 25. Januar. Der heutigen 35. öffentlichen Sitzung, welche Mittags 12 Uhr begann und schon nach wenigen Minuten wieder geschlossen werden konnte, wohnten als Vertreter der königl. Staatsregierung bei die Herren Finanzminister von Könneritz, Geh. Rath von Thümmel, Geh. Finanzrath Dr. Ritterstädt und Finanzrath von Kirchbach.

Auf der Tagesordnung stand der Bericht der Finanzdeputation B über Titel 22 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats auf die Jahre 1888/89, den Ankauf der auf sächsischem Gebiete gelegenen Strecke der Berlin-Dresdner Eisenbahn und Bau einer Verbindungscurve zwischen der Haltestelle Naundorf und Bahnhof Coswig betreffend. (Berichterstatter: Abg. Köckert.)

Die Deputation beantragte:

„Die Kammer wolle beschließen, die für den Ankauf der auf sächsischem Gebiete gelegenen Strecke der Berlin-Dresdner Eisenbahn und dem Bau einer Verbindungscurve zwischen der Haltestelle Naundorf und Bahnhof Coswig geforderten 13,365,000 ℳ zu genehmigen."

Abg. Bramsch beklagte es, daß in der Vorlage nicht gleichzeitig die Errichtung eines zweiten Gleises zwischen Dresden und Cossebaude in Aussicht genommen, und befürchtet, daß, wenn ein Theil des zwischen Dresden und Leipzig sich bewegenden Güterverkehres auf die Berlin-Dresdner Bahn übergeleitet werde, die Omnibuszüge zwischen Dresden und Cossebaude nicht beibehalten werden könnten. Es bestehe im Allgemeinen die Befürchtung, daß unter sächsischer Verwaltung der Personenverkehr nicht gewinnen werde.

Finanzminister von Könneritz entgegnete, der Herr Abgeordnete scheine gegen Windmühlenflügel anzukämpfen, denn er begreife nicht, wie derselbe zu der Unterstellung komme: die sächsische Verwaltung werde für den Personenverkehr auf der Berlin-Dresdner Bahn weniger thun als die preußische. Sollte sich zwischen Dresden und Cossebaude ein zweites Schienengleis nothwendig machen, so dürfe die Kammer versichert sein, daß die Regierung schon zur rechten Zeit mit einem Antrage an den Landtag herantreten werde.

Nach diesen kurzen Bemerkungen trat die Kammer einstimmig dem Votum der Deputation bei.

Nächste Sitzung Freitag, den 27. Januar, Vormittag 10 Uhr.

Gemeinschaftliche Sitzung des Rathes und der Stadtverordneten.

* Leipzig, 25. Januar. Behufs der Wahl von Mitgliedern in den katholischen Schulausschuß fand heute Abend eine gemeinschaftliche Sitzung beider Collegien unter dem Präsidium des Herrn Bürgermeister Justizrath Dr. Tröndlin statt. Dem Wahlvorschlag gemäß wurden die Herren Stadtverordneten de Liagre und Michaud in den genannten Ausschuß gewählt.

Sitzung der Stadtverordneten.

Am Rathstische anwesend: die Herren Bürgermeister Justizrath Dr. Tröndlin, Stadträthe Oehler, Walter, Dürr, Wechler.

In die Deputation zur Leitung der Wahlen für den katholischen Schulausschuß werden gewählt: a. aus dem Collegium Herr Taubenheim, b. aus der Bürgerschaft die Herren Kürschnermeister Josef Konetzny, Kaufmann August Hüffer und Schneidermeister Johann Heinrich Schwermann.

Der Verkauf des an der Alexanderstraße Nr. 22 gelegenen Grundstücks, Parcelle Nr. 2306a des Flurbuchs, von abzüglich des zur Straßenverbreiterung abkommenden Areals noch 1090.75 qm Flächengehalt an Herrn Fuhrwerksbesitzer Carl Theodor Schulze hier für das Höchstgebot von 60,000 ℳ = 55 ℳ pro qm, wird genehmigt, dahingegen die Vorlage, betreffend den Verkauf der Bauplätze Nr. 5 von ca. 334.0 qm, Nr. 6 von ca. 328.0 qm, Nr. 7 von ca. 566.0 qm des ausliegenden Parcellirungsplanes für das Areal des ehemal. fiscalischen Holzhofes und Kohlenbahnhofes an Herrn Maurermeister Daniel Gottlob Vogel hier für 32 ℳ pro qm = ca. 39,296 ℳ, auf Vorschlag des Bau-, Oekonomie- und Finanz-Ausschusses, welcher das Gebot als ein zu niedriges erachtet, vom Collegium abgelehnt.

Der Schulausschuß hat zu dem Specialbudget „Städtische Volksschulen" des 1888er Haushaltplanes eine Reihe von Anträgen gestellt, von denen wir folgende hervorheben:

1) Zu Ausgaben Pos. 19—25 „Jahresgehalt für 441 ständige Lehrer im 2. bis 4. Vierteljahre 761,962 ℳ 50 ₰ ordentlich", a. Ausgaben Pos. 19—25 in der beantragten Form und insoweit sie gegen früher Abänderungen darstellen, abzulehnen, dagegen zu beantragen: b. die Zahl der ständigen Lehrer im 2. bis 4. Vierteljahre auf 432 festzusetzen und diese auf die Gehaltsstaffeln dergestalt zu vertheilen, daß der frühere Durchschnittsgehalt von 2285 ℳ festgehalten werde und darnach c. Pos. 19—25 mit 740,340 ℳ zu verwilligen. 2) Ausgaben Pos. 28: „Im 2. bis 4. Vierteljahre 61 provisorische Lehrer nach einem Jahresgehalte à 1400 ℳ = 64,050 ℳ ordentlich" nur mit 42 Lehrern nach einem Jahresgehalte à 1400 ℳ = 44,100 ℳ, zu genehmigen; 3) Ausgaben Pos. 29: „Im 2. bis 4. Vierteljahre 31 provisorische Lehrer nach einem Jahresgehalte à 1500 ℳ = 34,875 ℳ ordentlich" mit 38 Lehrern nach einem Jahresgehalte à 1500 ℳ = 42,750 ℳ, zu genehmigen; 4) Ausgaben Pos. 30—54: „Für Zeichenunterricht (445 Stunden) 36,962.50 ℳ ordentlich" nur für 408 Stunden mit 33,962.50 ℳ zu genehmigen. 5) Ausgaben Pos. 65: „1 Nählehrerin mit 1300 ℳ Jahresgehalt auf ¾ Jahre = 975 ℳ ordentlich", zu streichen. 6) Ausgaben Pos. 72: „Mehrunterricht der Classenlehrer (Ueberstunden) bei jeder der 21 Volksschulen 10 Stunden, zusammen 210 Stunden, à 65 ℳ = 13,650 ℳ ordentlich" auf 5200 ℳ herabzusetzen (20 Volksschulen à 4 Stunden = 80 Stunden à 65 ℳ). 7) Ausgaben Pos. 73: „Verfügungssumme für Stellvertretung für jede der 21 Volksschulen durchschnittlich 1000 ℳ = 20,750 ℳ ordentlich" nur für 20 Volksschulen durchschnittlich 400 ℳ mit 8000 ℳ zu genehmigen.

Im Allgemeinen stellt der Schul-Ausschuß, für welchen der Vorsitzende, Herr Fähndrich, referirt, noch folgende Anträge: a. „den Rath zu ersuchen, zum Zwecke einer besseren Schulstatistik bei den Directoren der Volksschulen anordnen zu wollen, daß für jedes Schuljahr auch der Abgang und Zugang der Schüler angegeben und dabei unterschieden werde, inwieweit der Zugang durch schulpflichtig gewordene, inwieweit er durch bereits schulpflichtig gewesene ältere Kinder, und inwieweit der Abgang durch Erfüllung der Schulpflicht, durch Uebergang an höhere Schulen und durch andere Gründe herbeigeführt worden ist; b. den Rath zu ersuchen, künftighin die Schulrechnung dem Collegium zeitiger zukommen zu lassen und die Schulrechnung ausführlich in die gedruckte Hauptrechnung der Stadtcasse mit aufnehmen zu lassen.

Hierzu kommt der Antrag des Schul- und Gasausschusses: den Rath zu ersuchen, bis auf Weiteres keinerlei Vermehrung der Gasheizöfen eintreten zu lassen, dagegen dort, wo die neuerdings vom Bauamte eingeführte Gasheizeinrichtung besteht, dieselbe, soweit angängig, außer Betrieb zu setzen und durch mit Kohlen oder Coaks heizbare Oefen zu ersetzen.

Endlich stellte der Herr Bierverleger Herrmann, nachdem er auf die bereits früher im Collegium über die Frage der Lehrergehalte der Hilfslehrer und der untersten Classe der ständigen Lehrer gepflogenen ausführlichen Verhandlungen zurückgreift, die Anträge: a. bei künftigen Anstellungen von Hilfslehrern die Gehalte derselben auf 1200 bezw. 1350 ℳ und b. bei künftigen Anstellungen der jüngsten ständigen Lehrer die Gehalte von 1650 auf 1500 ℳ herabzusetzen. Der Herr Antragsteller betont ganz ausdrücklich, daß mit seinen Anträgen durchaus keine Beeinträchtigung der Durchschnittsgehalte bezweckt werde, sondern daß die Reduction den älteren Lehrern zu Gute kommen soll.

Sowohl die Ausschußanträge als die Anträge des Herrn Herrmann werden einstimmig, bezw. mit bedeutender Majorität angenommen.

Schließlich werden noch das Conto „Friedhöfe im Eigenthum der Stadt", die Specialbudgets „Johannishospital" und „Johannishospital" Anhang, den alten und neuen Friedhof betreffend, nach dem Ausschußantrage erledigt.

Hierauf folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

Vermischtes.

÷ Altenburg, 25. Januar. Der Gastwirth aus Niederarnsdorf wurde auf dem Heimwege in der neunten Abendstunde von einem Manne angefallen, der sich hinter einem Kirschbaume am Wege verborgen gehalten hatte. Es wurden ihm mit einem Stocke so heftige Schläge auf den Kopf versetzt, daß das Blut sofort herabfloß. In Folge der lauten Hilferufe zog der Räuber vor, das Weite zu suchen. Die Polizei fahndet nach ihm. — Aus Schmölln ist bereits seit vierzehn Tagen ein 15jähriger Knopffabrikarbeiter Namens Ernst Krabsch verschwunden, ohne daß man weiß, wohin er sich gewendet hat. — In der Becher'schen Töpferei zu Schmölln wurde am Montage der vor 25 Jahren erfolgte Eintritt des Töpfers Lippold in die genannte Werkstatt in entsprechender, den Meister wie den Gehilfen ehrenden Weise gefeiert.

— Berlin, 23. Januar. Ende voriger Woche unternahmen mehrere Berliner Radfahrer einen Ausflug auf ihren Fahrrädern nach Hermsdorf und das daselbst befindliche Kunas'sche Local war als Endpunct der Fahrt in Aussicht genommen. Die Fahrt ging bis zur Dalldorfer Chaussee ziemlich gut von statten und es schien, als ob der an der Spitze der Schaar befindliche stud. jur. Albrecht Kerger den Sieg davontragen würde. Kaum hatten jedoch die Wettfahrer die erwähnte Chaussee verlassen und Dalldorf bereits in Sicht, als plötzlich ein gellender Aufschrei ertönte, der von dem Kameraden Holzhausen herzurühren schien. Erschreckt machte man Halt, und nun bot sich den jungen Leuten ein trauriges Bild: Kerger und Holzhausen lagen beide leblos in einem Graben. Wie es sich herausstellte, war Holzhausen, der Kerger überholen wollte, mit diesem zusammengefahren, von der Chaussee abgewichen und beide waren durch den Anprall sammt ihren Fahrzeugen in den daneben befindlichen Graben gestürzt. K. hatte sich durch den Sturz das Genick gebrochen und war auf der Stelle todt, wogegen H. sich einen Bruch des Rückgrats zugezogen hatte. Der Leichnam des jungen Mannes wurde vorläufig in der in der Nähe befindlichen Irrenanstalt Dalldorf untergebracht und H. mittelst Wagen nach dem Lazaruskrankenhause geschafft, wo er hoffnungslos darniederliegt.

— Aus Elsaß-Lothringen wird der „Schlesischen Zeitung" geschrieben:

Die deutsche Regierung ließ es sich bekanntlich angelegen sein, fast unmittelbar nach dem Kriege, nämlich bereits am 1. Mai 1872, an Stelle der nach Nancy verlegten französischen Universität eine deutsche Hochschule zu Straßburg zu eröffnen. Dieselbe zählte während des ersten Sommersemesters die bescheidene Zahl von 212, im folgenden Wintersemester jedoch bereits 290 Studenten. Der vorzügliche Lehrkörper der neuen Universität, in Verbindung mit den allen Anforderungen entsprechenden äußeren Einrichtungen, bewirkte ein stetiges Anwachsen der Zahl der Hörer; im laufenden Wintersemester beträgt die Zahl der letzteren zum ersten Male bereits über 1000. Erfreulicherweise nimmt auch die Zahl der aus dem Reichslande selbst stammenden Studenten in einer der Bevölkerungsziffer immer mehr entsprechenden Weise zu. Es giebt nämlich deren gegenwärtig bereits 331 gegen 72 im Jahre 1872 und 284 im letzten Sommersemester. Die Mehrzahl derselben stammt aus Unterelsaß, das nach Sprache und Sitten am meisten deutsch geblieben ist, während aus Lothringen bis jetzt nur ein geringer Procentsatz der männlichen Jugend sich dem höheren Studium widmet. Bei diesem Anlaß mag noch erwähnt werden, daß die nach dem Kriege nach Nancy verlegte alte Straßburger Universität keineswegs den gehegten Erwartungen entspricht. Die Zahl der Hörer hat sich nämlich von dem Zeitpunkte ab stark vermindert, seit die mit ihren Professoren dorthin übergesiedelten Studenten abgegangen sind. Namentlich hat der Zuzug aus Elsaß-Lothringen von Jahr zu Jahr abgenommen, was zum Theil auch mit den veralteten Einrichtungen der Hospitäler, Laboratorien, Museen und der Bibliothek, sowie mit dem Umstande zusammenhängt, daß Nancy nach deutscher Rechnung blos drei Facultäten, die des Rechts, de lettres, de sciences (beide zusammen nach deutscher Sprachweise philosophische Facultät) und der Medicin besitzt. Nicht ohne eine gewisse Bitterkeit haben die französischen Blätter wiederholt auf die allen modernen Anforderungen entsprechenden Einrichtungen der deutschen Straßburger Hochschule hingewiesen, deren Bibliothek beispielsweise im abgelaufenen Jahre um nicht weniger als 15,212 Bände vermehrt worden ist und die damit nach kaum fünfzehnjährigem Bestande die Höhe von 600,000 Bänden überschritten hat.

— Straßburg i. E., 23. Januar. Der vor Kurzem wegen Verdachts des Landesverraths verhaftete Herr J. Wagner Sohn aus Mutzig ist gegen eine Caution von 50,000 ℳ vorläufig freigelassen worden. Herr Wagner ist Buchhalter einer von seinem älteren Bruder geleiteten Brauerei und Herr Wagner Vater ist Präsident des Aufsichtsrathes derselben. — In Metz ist am Sonnabend im Alter von 82 Jahren Herr Virgile Didiot gestorben, der letzte Besitzer des „Moniteur de la Moselle", welcher das offizielle Organ der Präfectur gewesen war und nach dem Kriege das Organ der Protestpartei wurde, bis er im Februar 1887 aufgehoben ward.

— Die Friseurgehilfen von Neapel streiken seit einigen Tagen, was die Herren der Stadt zwingt, ihre Bärte stehen zu lassen. Am 10. Januar kam nun ein reicher Engländer, Mr. Rose, nach Neapel; er gab im Hotel den Auftrag, ihm einen Raseurgehilfen zu schicken, und als man ihm mittheilte, daß diese Herren sich weigerten, ihre Pflicht zu thun, sagte er dem Zimmerkellner: „Streiken ist lächerlich, ich gebe Jedem, der mich rasirt, zwanzig Pfund Sterling." Um diesen Preis ließ sich thatsächlich ein Raseurgehilfe herbei, dem Gesichte des Lords die nöthige Glätte zu verleihen, doch als seine Collegen erfuhren, daß er den Verabredungen zum Trotze doch „gearbeitet", lockten sie den Burschen in einen Hinterhalt und versetzten ihm dort siebenundzwanzig Stichwunden; der Zustand des Armen ist lebensgefährlich. Zwanzig Verhaftungen wurden bereits vorgenommen.

— Amerikanische Blätter wissen von einem Freundschaftsdienst seltener Art zu erzählen: Zwei ehemalige Studiengenossen trafen nach langjähriger Trennung in einer Stadt von Texas zusammen. Der eine war Reporter eines dortigen Blattes und er feierte das Wiedersehen dadurch, daß er mehrere Flaschen Wein zum Besten gab. Als er sich von seinem Freunde trennte, sagte derselbe: „Komme heute Abend in mein Haus, da will ich Dir eine ausgezeichnete „Localnachricht" für Deine Zeitung mittheilen, um mich zu revanchiren." Der Reporter wollte sich dieselbe natürlich nicht entgehen lassen, und als er später die Thür zu dem Zimmer seines Freundes öffnete, sah er den Letzteren an seinem Hosenträger an der Wand hängen! An seinem Rock war ein Zettel befestigt mit den lakonischen Worten: „Das ist Alles, was ich für Dich thun kann. . . ."

† Dresden, 25. Januar. Se. Majestät der König ertheilte heute Nachmittag dem am königlichen Hofe neu ernannten königlich griechischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Herrn Blachos eine Particularaudienz. Der Herr Gesandte wurde hierauf von Ihrer Maj. der Königin in besonderer Audienz empfangen. Derselbe wird dem heutigen großen Hofballe anwohnen.

† Dresden, 25. Januar. Se. Majestät der König hat dem Walzsteiger bei dem fiscalischen Berggebäude Himmelfahrt bei Freiberg, Julius Ferdinand Kaden, das Allgemeine Ehrenzeichen Allergnädigst zu verleihen und zu genehmigen geruht, daß der Archivrath Dr. jur. Ernst August Theodor Distel das ihm von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog von Oldenburg verliehene Ritterkreuz II. Klasse Höchstdessen Haus- und Verdienstordens annehme und trage.

† Dresden, 25. Januar. Nachdem zur Kenntniß des Ministeriums des Innern gekommen, daß der einzige in Cunewalde wohnhafte Arzt insbesondere wegen der beträchtlichen räumlichen Ausdehnung gedachten Ortes dem durch die gegenwärtige Trichinosenepidemie wesentlich vermehrten Verlangen nach ärztlicher Hilfe nicht in ausreichender Weise jederzeit zu entsprechen im Stande sei, hat dasselbe einen jungen Arzt für die Dauer jener Epidemie auf Staatskosten nach Cunewalde entsendet, und ist dieser am 23. ds. Mts. dorthin abgereist. Da gleichzeitig in der Gemeinde der Wunsch auf Vermehrung der Krankenpflegerinnen laut geworden war, ist am 24. ds. Monats auf Befehl Ihrer Majestät der Königin eine Albertinerin nach Cunewalde abgegangen, welcher sich freiwillig und ohne Anspruch auf irgend eine Vergütung eine seit einiger Zeit im Carolahause als Volontairin thätige englische, der deutschen Sprache vollständig mächtige Krankenpflegerin angeschlossen hat.

Telegraphische Depeschen.

* Wien, 24. Januar. (Frankfurter Zeitung.) In der heutigen Sitzung des deutsch-österreichischen Clubs referirte Plener über die deutsch-böhmischen Ausgleichsverhandlungen. Abgeordneter Sturm beantragte, den deutschen Parteigenossen in Böhmen, welche nicht blos den nationalen Standpunct im Lande, sondern auch den staatlichen Standpunct aller Deutschen Oesterreichs vertraten, Anerkennung und Dank auszusprechen. Der Antrag wurde einhellig angenommen.

* Pest, 24. Januar. Das Unterhaus nahm mit 215 gegen 113 Stimmen das Budget als Grundlage für die Specialdebatte an.

* Preßburg, 24. Januar. Heute explodirte in der Zürndorfer Dynamitfabrik auf bis jetzt nicht aufgeklärte Weise eine Anzahl von Dynamitpatronen, drei Arbeiterinnen wurden getödtet, mehrere andere verwundet.

* Paris, 24. Januar. Die Deputirtenkammer berieth heute den Gesetzentwurf der Regierung, betreffend die Nutzbarmachung des Pariser Kloakenwassers in der Ebene von Achères bei Saint Germain, und den Gegenentwurf Raspails, betreffend die Herstellung eines verdeckten Canals von Paris bis zum Meer behufs Fortführung des Pariser Kloakenwassers. Der Entwurf Raspails, von welchem bei der Einzelberathung 2 Artikel angenommen waren, wurde bei der Schlußabstimmung abgelehnt. Von der Vorlage der Regierung wurde unter Protest der Rechten, welche behauptete, daß das Haus nicht beschlußfähig sei, der erste Artikel angenommen.

* Stockholm, 24. Januar. Der höchste Gerichtshof bestätigte in der Appellationsinstanz die Stockholmer Wahlen zur zweiten Kammer. Die Schutzzöllner haben nunmehr definitiv die Majorität im Reichstage.

* Petersburg, 25. Januar. Der frühere Lieutenant in der bulgarischen Armee, Kischelsky, ist als Secondelieutenant in die russische Armee eingestellt worden. — Der russische Ministerresident in Cettinje, Argiropulo, ist gestern hier eingetroffen. — Der Botschafter Schuwaloff wird Ende dieser Woche auf seinen Berliner Posten zurückkehren.

* Bukarest, 24. Januar. Die Wahlmännerwahlen für die Deputirtenwahlen des dritten Wahlcollegiums sind fast durchweg zu Gunsten der Regierung ausgefallen.

* Philippopel, 23. Januar. Prinz Ferdinand und Herzogin Clementine sind hier eingetroffen.

Nach Schluß der Redaction eingegangen.

* Wien, 25. Januar. (Abgeordnetenhaus.) Türk und Genossen beantragen, die Regierung aufzufordern, mit der deutschen Regierung Unterhandlungen wegen einer Zollunion einzuleiten und den Antrag dem Volkswirthschaftsausschusse zuzuweisen.

* Stockholm, 25. Januar. Die Abendblätter melden: Der König berief heute sechs leitende Persönlichkeiten der Schutzzollpartei des Reichstages und erklärte ihnen, er beabsichtige den Erzbischof Sundberg mit der Bildung eines schutzzöllnerischen Ministeriums zu beauftragen.

Verantwortlicher Redacteur: Heinrich [illegible] in Leipzig. [illegible]

SLUB
Wir führen Wissen.